N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 30. Januar 2015, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier Dirmeier, Hesse, Hussein, Laumer, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk,
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel,
GRÜNE:	Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann, Dr. Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Dr. Therre-Staal, Volz,
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Schalauske,
FDP:	Selinka, Schartner,
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann,
BFM	Suntheim-Pichler,
Piratenpartei	Dr. Weber

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel,
Bürgermeister Dr. Kahle,
Stadträtin Dr. Weinbach,

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadtrat Hertlein,
Dr. Sewering-Wollanek,
Stadträtin Oppermann,
Stadtrat Rehlich,
Stadträtin Schulze-Stampe,
Stadtgrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Sell, (SPD), Range (CDU), Dr. Baumann, Dorn, Messik, Sollwedel, (B90/Die Grünen), Köster-Sollwedel (Marburger Linke),

Stadträtin Laßmann, Stadtrat Ludwig, Stadtrat Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 16:33 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht allen Anwesenden ein frohes und gesundes Jahr 2015. Besonders hingewiesen wird auf den Verkauf des Buches „Zur Geschichte der Marburger Jäger“ durch den Presseservice des Magistrats. Das Buch geht zurück auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen die Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 2014 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zum Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgefertigten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Für die heutige Tagesordnung liegt ein dringlicher Antrag vor, der bereits an alle Mitglieder des Hauses verteilt wurden.

Dringlicher Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenpartei und MBL (Stv. Becker) betr. Stadtverordnetenversammlung verurteilt Reichsgründungsfeier der Marburger Burschenschaft Germania (V0/3799/2015)

Im Ältestenrat wurde Einvernehmen erzielt, den Antrag als TOP 11.1 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen wird auch aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Folglich wird der Antrag als TOP 11.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Antrag liegt der Niederschrift als **Anlage** bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung, die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Vertagungen von Vorlagen.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler, Bürger für Marburg, (Nr. 01/30.01.2015) Vorlage: VO/3750/2015

Im letzten Jahr wurden kleine Verkehrsinseln, beispielsweise in der Deutschhausstraße und im Bachweg/Ockerhausen installiert. Bei Dunkelheit ist es schon vorgekommen, dass Autofahrer auf diese Insel gefahren sind, da diese im Scheinwerferlicht nicht immer gut zu erkennen sind. Besteht die Möglichkeit, durch Reflektoren hier für mehr Sicherheit zu sorgen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Ein erhöhtes Unfallaufkommen auf Verkehrsinseln ist der Stadtverwaltung bisher nicht bekannt geworden. Die Inseln sind durch Markierungen im Straßenraum, helle Inselköpfe und reflektierende Beschilderung in der Regel gut erkennbar.

Durch den Fachdienst Tiefbau wird der Zustand der angesprochenen Verkehrsinseln überprüft und bei Bedarf werden verschmutzte Inselköpfe gereinigt bzw. neu gestrichen oder verblasste Beschilderung erneuert.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler, Bürger für Marburg, (Nr. 02/30.01.2015) Vorlage: VO/3751/2015

Auf eine kleine Anfrage betreffend der Einhausungen der Mülltonnen am `Kilian` hat der zuständige Dezernent im Mai 2014 folgende Antwort gegeben:

Das von der GeWoBau beauftragte Architekturbüro Oesterle und die Denkmalschutzbehörde stehen kurz vor Abschluss einer Einigung wegen des äußeren Erscheinungsbildes der Einhausung.

Für die Alternativen liegen Angebote bereits vor, sodass zeitnah beauftragt werden kann. Mit der Fertigstellung ist bis zum 30.06.2014 zu rechnen.

Da der angegebene Termin bereits seit einem halben Jahr verstrichen ist, wird der Magistrat gebeten, darüber Auskunft zu geben, wann die Einhausung der Mülltonnen endlich erledigt wird.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die GeWoBau hat wie folgt Stellung genommen:
Die Einhausung der Mülltonnen am Kilian erfolgt spätestens bis zum 31.03. 2015. Die Abstimmung zwischen Denkmalschutzbehörde, Architekturbüro und GeWoBau ist erfolgt. Für die zeitlichen Verzögerungen entschuldigen wir uns.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Stefan Schartner, FDP-Fraktion, (Nr. 03/30.01.2015)
Vorlage: VO/3752/2015

Die Stadt bemüht sich jedes Jahr zu verhindern, dass in der Oberstadt Silvesterfeuerwerk gezündet wird. Mit welchen Maßnahmen hat sie dies in diesem Jahr getan und würde sich an das Verbot gehalten?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

In der Sylvesternacht halten sich in der Oberstadt mehrere tausend Anwohnerinnen und Anwohner, Passanten und Gäste der dort ansässigen Gaststätten auf. Zum großen Teil sind die Menschen alkoholisiert und führen Pyrotechnik mit sich. Dies führt zu einer besonderen Gefährdungssituation für eingreifende polizeiliche Kräfte. Ein Einsatz ohne polizeiliche Unterstützung ist für die Ordnungspolizei in einer solchen Situation nur eingeschränkt möglich.

Will man mit polizeilichen Mitteln verhindern, dass Pyrotechnik gezündet wird, müsste man in der gesamten Oberstadt ordnungspolizeiliche und polizeiliche Präsenz zeigen, was praktisch nicht zu gewährleisten ist
Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur am Schloss, auf dem Marktplatz oder auf dem Lutherischen Kirchhof Feuerwerkskörper gezündet werden. Pyrotechnik aller Art wird auch auf privaten Grundstücken und auf den anderen Straßen und Gassen zum Jahreswechsel gleichzeitig gezündet.

Zudem sind nicht nur in der Oberstadt, sondern im gesamten Stadtgebiet Fachwerkhäuser vorhanden. Überall dort, wo Fachwerkhäuser, aber auch Kirchen, Krankenhäuser, Kinder- und Altersheime vorhanden sind, müsste polizeiliche Präsenz gezeigt werden, um dem Verbot nach der Sprengstoffverordnung zu kontrollieren. Dies ist in der Sylvesternacht unmöglich.
Da die Polizei in der Sylvesternacht landesweit zusätzlich mit vielen anderen Aufgaben, wie z. B. die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten, Vermisstensachen und Verkehrsunfallaufnahmen betraut ist, muss die Polizei Prioritäten setzen.
Die Ordnungspolizei musste in dieser Nacht hauptsächlich dafür sorgen, dass die Rettungswege für Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge befahrbar blieben. Z. B. haben hunderte Fahrzeuge versucht, das Schloss zu erreichen, obwohl dort nur begrenzt Parkplätze vorhanden sind. Ohne den Einsatz der Ordnungspolizei wäre das Schloss im Notfall weder von Rettungsfahrzeugen, noch von der Feuerwehr erreichbar gewesen.
Nicht erklärbar ist die fehlende Einsicht der Personen, die trotz Brandgefahr Feuerwerkskörper insbesondere in der Nähe von Fachwerkhäusern zünden. Mit einer Pressemitteilung und einer Beschilderung in der Oberstadt - auch am Schloss und dem Lutherischen Kirchhof - wurde deutlich auf die Gefahrensituation hingewiesen.
Ob sich in der Sylvesternacht mehr Personen an das Verbot gehalten haben als in den vergangenen Jahren, kann nicht eingeschätzt werden.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel, SPD-Fraktion, (Nr. 04/30.01.2015)
Vorlage: VO/3753/2015

Kann der Magistrat, wie in jedem Jahr, die AST-Fahrgastzahlen 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 veröffentlichen (einschließlich Fahrten in den Ebsdorfergrund und Höhen AST)?

In der folgenden Tabelle sind die Fahrgastzahlen des AST der Jahre 2013 und 2014 aufgelistet worden.

Gebiet:	Fahrgäste 2013:	Fahrgäste 2014
Höhen-AST	731	713
Bauerbach	7.602	8.162
Bortshausen	1.139	970
Cappel Moischter Str & Friedhof	1.182	1.345
Cappeler Berg	436	515
Cyriaxweimar	1.762	1.751
Dagobertshausen	2.048	2.206
Dilschhausen	978	1.137
Ebsdorfergrund	2.870	3.084
Elnhausen	4.700	5.037
Ginseldorf	5.229	4.154
Haddamshausen	1.134	1.814
Hermershausen	1.446	1.569
Lahnberge	138	93
Michelbach	8.735	7.938
Moischt	5.139	4.268
Neuhöfe	620	406
Ortenberg	496	537
Ronhausen	478	636
Rotenberg	334	526
Schröck	6.893	5.665
Wehrshausen	1.908	2.089
	55.998	54.615

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel, SPD-Fraktion, (Nr. 05/30.01.2015)
Vorlage: VO/3754/2015

Kann der Magistrat die Besucherzahlen für das Aquamar und das Hallenbad Wehrda für das Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 zur Verfügung stellen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach.

Sport- u. Freizeitbad AquaMar	**2014**	**2013**
Hallenbad (Öffentliche Besucher)	215.440	212.743
Sauna	28.106	26.513
Freibad	30.112	44.974

Vereine	8.010	8.541
Schulen	6.936	6.112
Universität	901	669
GESAMT	**289.505**	**299.552**

Hallenbad Wehrda	**2014**	**2013**
Öffentliche Besucher	9.906	7.608
Schulen	25.252	24.401
Vereine	27.027	25.695
Universität	1.566	1.139
GESAMT	**63.751**	**58.843**

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 06/30.01.2015)
Vorlage: VO/3755/2015

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ab wann der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:
"Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Stadtwerke Marburg GmbH auf, die provisorischen Dixi-Toiletten auf den Lahnbergen (Haltestelle Uniklinikum) abzubauen und durch fest installierte Toilettenanlagen für das Fahrpersonal zu ersetzen."
STVV 27.06. 2014 umgesetzt wird?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Im Wirtschaftsplan 2015 der Stadtwerke Marburg GmbH sind Mittel zum Bau einer festen Personaltoilette vorgesehen. Beabsichtigt ist, die Personaltoilette so rasch wie möglich in diesem Jahr für die Mitarbeiter im Fahrdienst zu realisieren, aufgrund der erforderlichen Tiefbauarbeiten zur Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen kann der Realisierungszeitpunkt noch nicht weiter präzisiert werden. Die Gespräche zur Klärung des Standortes sind bereits mit der Verwaltung des Universitätsklinikums geführt worden.

Um 16.47 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordneten-vorsteherin Marianne Wolk, SPD, die Sitzungsleitung.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 07/30.01.2015)

Vorlage: VO/3756/2015

Für wie viele Ausländer/innen im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde der Universitätsstadt Marburg wurde im Jahr 2014 der „rechtmäßige Aufenthalt“ für beendet erklärt und eine „Ausweisung“ oder Abschiebung verfügt und vollzogen? Bitte nach Monaten aufschlüsseln.

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Laut Statistik wurden im Kalenderjahr 2014 durch die Ausländerbehörde der Universitätsstadt Marburg in 19 Fällen die vormals rechtmäßigen Aufenthalte durch Ablehnung entsprechender Anträge auf Erteilung / Verlängerung des Aufenthaltstitels beendet, da die Betreffenden nicht (mehr) die gesetzlichen Erteilungsvoraussetzungen erfüllt hatten.
Mit der Ablehnung der Anträge werden Ausreiseaufforderungen ausgesprochen. Für den Fall einer nicht beabsichtigten freiwilligen Ausreise wird die Abschiebung angedroht.

Die Verfügungen datierten wie folgt:
Januar: 3 - Februar: 0 - März: 1 - April: 3 - Mai: 1 - Juni: 2 - Juli: 1 - August: 2 - September: 2 - Oktober: 1 - November: 3 - Dezember: 0

Neun Personen kamen ihrer Ausreiseverpflichtung zwischenzeitlich - teilweise nach verwaltungsgerichtlicher Überprüfung der Entscheidung der Ausländerbehörde - freiwillig nach, eine Person ist unbekannten Aufenthaltes.
In zwei Verfahren wurden verwaltungsgerichtliche Vergleiche geschlossen, die den Betreffenden letztmalig einen weiteren Aufenthalt von einem Semester ermöglichten.
Fünf Fälle befinden sich aktuell noch im Verwaltungsstreit- bzw. Petitionsverfahren.
Eine EU-Bürgerin ist nach Arbeitsaufnahme wieder freizügigkeitsberechtigt.
Eine Person steht zur Abschiebung an.

Im Kalenderjahr 2014 erfolgte keine AUSWEISUNG!
Ø (Ausweisung: Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere Straftäter à Folge: Aufenthaltsverbot für die BRD).

Im Kalenderjahr 2014 erfolge keine ABSCHIEBUNG!
Ø (Abschiebung: Vollzug der Ausreiseverpflichtung durch Zwangsmaßnahme, sofern keine Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise vorhanden ist à Folge: Aufenthaltsverbot für die BRD)

In asylrechtlichen Verfahren obliegt die Entscheidung dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Sofern weder eine Asylberechtigung noch die Flüchtlingseigenschaft bzw. subsidiärer Schutz oder Abschiebeverbote festgestellt wird, entsteht für die Betreffenden eine

Ausreiseverpflichtung. Sofern keine Rückkehrbereitschaft besteht, muss die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) beim Regierungspräsidium Gießen den Aufenthalt zwangsweise durch Abschiebung beenden.
Zur Anzahl werden hier keine Statistiken geführt.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 08/30.01.2015)
Vorlage: VO/3757/2015

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, wie viele befristete Arbeitsverträge in der Marburger Altenhilfe St. Jakob im Zeitraum von 2008 bis heute abgeschlossen wurden, und wie viele davon entfristet wurden?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Die Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und die Marburger Service GmbH stellen i. d. R. zunächst befristet ein. Die Einstellung erfolgt i. d. R. zunächst für ein Jahr.

Der überwiegende Anteil wird dann für ein weiteres Jahr befristet und dann u. U. in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. In unserer Personalsoftware werden die Austrittsdaten für zunächst befristete Arbeitsverhältnisse gelöscht, wenn Sie in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übergehen. Daher können wir nicht auswerten, wie viel befristete Arbeitsverhältnisse von 2008 bis 2014 zunächst befristet waren und dann in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übergegangen sind. Wir können lediglich darstellen welche Eintritte in den Jahren heute noch unbefristet beschäftigt sind.

Derzeit haben wir in der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH 78 befristete Arbeitsverhältnisse. In den Jahren 2008 bis 2014 wurden 340 Arbeitsverhältnisse abgeschlossen. Davon sind 175 ausgeschieden und 53 Arbeitsverhältnisse sind heute davon in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis aktiv.

Je eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, und Stötzel, CDU-Fraktion, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 09/30.01.2015)

Vorlage: VO/3758/2015

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, an wie viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger von der Ausländerbehörde amtliche Schreiben derart terminiert verschickt wurden, dass sie die Adressaten aller Wahrscheinlichkeit nach noch am 24. 12. 2014 erreichten, also am Heiligen Abend?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Nein. Hierzu werden keine Statistiken geführt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 10/30.01.2015)
Vorlage: VO/3759/2015

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, ob die Ausländerbehörde in der Zeit zwischen den Jahren geöffnet war?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Da die Ausländerbehörde ein publikumsintensiver Fachdienst ist, waren am 29. und 30. Dezember 2014 Notdienste einzurichten.
Der Fachdienst Ausländerbehörde hatte an beiden Tagen in der Zeit von 08.00 bis 12.00 Uhr geöffnet. Die Öffnungszeiten waren zuvor durch den Fachdienst 13 (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) in der Presse bekannt gegeben worden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Adsan, Fraktion Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Stefan Schartner, FDP-Fraktion, (Nr. 11/30.01.2015)
Vorlage: VO/3776/2015

Die FDP-Fraktion hat bereits mehrfach auf die Fremdwährungskredite der SEG und deren Gefahren hingewiesen. Nun hat die Schweizer Nationalbank die Euro-Kopplung aufgelöst. Daher stellt sich nun die Frage nach den Auswirkungen auf die genannten Fremdwährungskredite. Wie hoch waren die Schulden (bitte jeweils in € und SF) am Tag vor der Bekanntgabe durch die Schweizer Nationalbank und wie hoch am Tag danach und wie hat sich diese bis heute entwickelt?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Die SEG hält zwei Fremdwährungsdarlehen über 3 Mio. CHF und 3,5 Mio. CHF jeweils zu einem Zinssatz von 0,81 %. Die bilanzielle Bewertung erfolgt nicht taggleich, sondern jeweils zum 31.12. eines Jahres. Zum Jahresabschluss 2014 wurde bereits mit 1,2028 Euro je CHF bewertet. Die Entscheidung der Schweizer Notenbank datiert auf den 15.01.2015. Die nächste Bewertung erfolgt am 31.12.2015.

Liquide Auswirkungen hat die Entscheidung nur dann, wenn die Darlehen vorzeitig zurückgezahlt würden. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat ist dies weder vorgesehen noch erforderlich.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell, SPD-Fraktion, (Nr. 12/30.01.2015)
Vorlage: VO/3777/2015

Welche Auswirkungen hat die Entwicklung des Schweizer Franken auf noch bestehende Kredite der Stadt Marburg bzw. deren Tochterunternehmen?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Die Universitätsstadt Marburg hat weder in der Vergangenheit noch aktuell Darlehen in Fremdwährungen, also auch nicht in Schweizer Franken, aufgenommen. Abgesehen von der SEG haben auch die städtischen Tochterunternehmen keine Darlehen in Schweizer Franken aufgenommen.

Die SEG hält zwei Fremdwährungsdarlehen über 3 Mio. CHF und 3,5 Mio. CHF jeweils zu einem Zinssatz von 0,81 %. Die bilanzielle Bewertung

erfolgt nicht taggleich, sondern jeweils zum 31.12. eines Jahres. Zum Jahresabschluss 2014 wurde bereits mit 1,2028 Euro je CHF bewertet. Die Entscheidung der Schweizer Notenbank datiert auf den 15.01.2015. Die nächste Bewertung erfolgt am 31.12.2015.

Liquide Auswirkungen hat die Entscheidung nur dann, wenn die Darlehen vorzeitig zurückgezahlt würden. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat ist dies weder vorgesehen noch erforderlich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schartner, FDP-Fraktion, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 13/30.01.2015)
Vorlage: VO/3778/2015

In der Wilhelm-Roser-Straße hat sich eine Initiative besorgter Eltern gebildet, die konkrete Maßnahmen gegen die Raserei dort fordern. Was war das Ergebnis der Gespräche mit Herrn Schröder? Welche Zusagen wurden gemacht und wann wird welche Zusage umgesetzt?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Frage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

In einem ersten Gespräch mit Bewohnern wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Wilhelm-Roser-Straße erörtert. Dabei wurde zunächst die Durchführung von Verkehrserhebungen in der Wilhelm-Roser-Straße und in der Gabelsberger Straße als Grundlage für die weitere Diskussion sowie die Anbringung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel vereinbart. Die Geschwindigkeitsanzeigetafel wurde im Oktober 2014 installiert.

Nach Vorlage der Ergebnisse der Erhebungen wurden in einem weiteren Gespräch mit Beteiligung der Bewohner und Vertretern der städtischen Fachdienste Tiefbau und Straßenverkehr vor Ort folgende Punkte besprochen:

- Die Einrichtung einer Einbahnregelung -zur Vermeidung der Befahrung des Gehweges in dem Engstellenbereich- wird von allen Beteiligten nicht favorisiert.

- Zur Verbesserung der Situation für die Fußgänger und zur Verringerung der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeit ist durch den Fachdienst Tiefbau eine Planung mit versetztem Parken auch auf der Gehwegseite zu erstellen. Diese Planung liegt zwischenzeitlich vor und wird demnächst mit den Bewohnern erörtert.

- Um ein Befahren des Gehweges zu verhindern, wurden konkret verschiedene Standorte für die Anbringung von kleinen Baken (wie in der Ketzerbach im Bereich der Bushaltestelle) auf dem Gehweg direkt hinter den Bordsteinen festgelegt. Um Behinderungen für Blinde und Sehbehinderte zu vermeiden, wird diese Maßnahme noch mit der Blista abgestimmt. Wenn von dort keine Bedenken bestehen, können die Baken zeitnah bestellt und angebracht werden.

- Zur Verbesserung der Akzeptanz der zulässigen Höchstgeschwindigkeit wird die Beschilderung „Beginn der Tempo 30-Zone“ durch größere Verkehrszeichen ersetzt und es werden zusätzliche Markierungen „30“ auf der Fahrbahn aufgebracht (Umsetzung im Frühjahr 2015).

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 14/30.01.2015)
Vorlage: VO/3779/2015

Wann fanden in den letzten drei Jahren Geschwindigkeitskontrollen über welchen Zeitraum hinweg in der Tempo 30-Zone Wilhelm-Roser-Straße statt? Welche Ergebnisse hatten diese?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Frage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

In den vergangenen drei Jahren wurden zwei Messungen mit Geschwindigkeitsanzeigetafeln durchgeführt.
Die erste Messung fand im Zeitraum vom 17. Oktober bis 01. November 2012 statt. Lediglich wie Prozent der gemessenen Fahrzeuge hätten verwarnt werden können.
Das Ergebnis der zweiten Messung vom 12. September bis 14. Oktober 2014 war mit knapp drei Prozent nur unwesentlich höher.
Bei beiden Messungen war die durchschnittlich gefahrene Geschwindigkeit

28 km/h.
Ziel der Radarmessung ist es, eine Quote der Geschwindigkeitsverstöße von unter fünf Prozent zu erreichen. Dies ist in der Wilhelm-Roser-Straße bereits der Fall.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo, Fraktion B90/Die Grünen, (Nr. 15/30.01.2015)
Vorlage: VO/3792/2015

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Hindernisse der Nutzung des Konzertsaals im Ernst von Hülsen-Haus derzeit entgegenstehen, wann er wieder für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden kann und ob auch der Barriere freie Zugang möglich sein wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Philipps-Universität Marburg hat zu o. g. Anfragen wie folgt Stellung genommen:
Bei der Erstellung des neuen Brandschutzkonzeptes für das gesamte Gebäude wurde unter anderem auch der Konzertsaal untersucht. Dieser Saal ist für über 300 Personen ausgelegt. Aus Gründen der fehlenden Evakuierungsmöglichkeiten und Entrauchungsanlage musste der Saal außer Betrieb genommen werden. Um den Konzertsaal wieder in Betrieb nehmen zu können, muss eine technische denkmalgerechte Lösung gefunden werden. Die Planungen dazu sind zurzeit in Arbeit.
Im Rahmen dieser dann notwendigen Brandschutzmaßnahme wird auch die Barrierefreiheit zur Nutzung des Konzertsaales umgesetzt. Wann die Mittel zur Umsetzung zur Verfügung stehen, ist noch offen.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo, B90/Die Grünen, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske, Fraktion Marburger Linke, (Nr. 16/30.01.2015)
Vorlage: VO/3793/2015

Im Juni 2014 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Fraktion Marburger Linke folgendes beschlossen: „Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Weise der Fahrradweg auf der westlichen Lahnseite vom Stroinsky-Steg bis zur Lahnstraße mit einer Beleuchtung ausgestattet werden kann. Die Prüfung soll so zeitnah erfolgen, dass die Mittel für die Umsetzung ggf. in den kommenden Haushaltsplan eingestellt werden können.“ Was ist das Ergebnis dieser Prüfung und werden entsprechend Mittel eingestellt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Es ist möglich, den Fuß- und Radweg im Lahnvorland wie gewünscht zu beleuchten. Es wäre jedoch sinnvoll, die Beleuchtung bis zum Anschluss Am Grün fortzuführen. Für die gesamte Strecke von rund 1,5 km würden Kosten in Höhe von ca. 180.000 € entstehen. Dabei wären besondere Aufwendungen für Maßnahmen zum Hochwasserschutz der Beleuchtung bereits enthalten. Für den Haushalt 2015 / 2016 wurden Mittel angemeldet (100.000 € Ansatz in 2016 und 80.000 € VE in 2016). Dabei würde der Abschnitt vom Stroinskysteg bis zur Lahnstraße etwa 100.000 € kosten.

Um 17.12 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteher Löwer die Sitzungsleitung.

zu 9 Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der "Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alternssozialpolitik"
Vorlage: VO/3737/2015

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Sozialausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage des Magistrats.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die **Aussprache** wurde in beiden Ausschüssen angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen Oberbürgermeister Vaupel, die Stadtverordneten Severin, SPD, Bauder-Wöhr, Marburger Linke, Stötzel, CDU, Dr. Neuwohner, B90/Die Grünen, Schartner, FDP, Rink, SPD, Jannasch, CDU, Oberbürgermeister Vaupel, Stötzel, CDU und erneut Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18.03 Uhr bis 18.21 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck, CDU, die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Beratung fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Piratenpartei und der Stimme de3s Stadtverordneten Becker, MBL, und Nein-Stimmen von CDU, Marburger

Linken, FDP, MBL (Dr. Uchtmann) folgenden Beschluss:

1. Marburger Eckpunkte einer zukunftsweisenden Alternssozialpolitik

In Weiterentwicklung der „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg“ (VO/0382/2008) sowie des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung von „Einwohner/innen Befragungen als Grundlage zur Altenplanung“ (VO/0381/2009) beschließt die Marburger Stadtverordnetenversammlung die im Anhang dargelegten Eckpunkte einer zukunftweisenden Marburger Alternssozialpolitik.

2. Weiterentwicklung der Marburger Altenhilfe St. Jakob

Zur Umsetzung dieser Marburger Eckpunkte gehört die fortgesetzte Weiterentwicklung sämtlicher Geschäftsbereiche der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH - vom Begegnungszentrum und ambulanten Dienst über Tagespflege und Servicewohnen bis hin zu modernen Konzepten stationärer Pflege. Das Vorhalten eines eigenen pflegerischen Angebotes durch die Stadt Marburg dient als Möglichkeit einer zukunftsweisenden Mitgestaltung der Altenhilfestruktur und -landschaft in Marburg.

3. Modernisierung des Altenzentrums am Richtsberg

Das Altenzentrum der MAHSJ (in der Sudetenstraße 24 am Richtsberg) wird durch Renovierung der Wohnnutzung und Modernisierung gemäß den Erfordernissen moderner stationärer Altenpflegeangebote wie folgt weiterentwickelt und ausdifferenziert:

- Die MAHSJ wird mit dem ***Altenzentrum (am Richtsberg*)** in enger Kooperation mit der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) durch Renovierung und Modernisierung ein breit gefächertes Angebot an (stationärer) Pflege, (Service-)Wohnen sowie Beratung und Begegnung für das Quartier realisieren.

- Eigentümerin des Hauses am Richtsberg/Sudetenstraße 24 bleibt die Stiftung St. Jakob, die Bewirtschaftung erfolgt durch die GeWoBau. Diese schafft zudem im näheren Umfeld des Altenzentrums am Richtsberg sowie in ihrem weiteren Wohnungsbestand Möglichkeiten des Servicewohnens. Dafür werden Betreuungsverträge mit der MAHSJ angestrebt.

- Im ***Erdgeschoss des Altenzentrums*** entstehen in enger Kooperation mit der Universitätsstadt Marburg Angebote der Beratung und Begegnung für Ältere Richtsberger/innen. Zudem finden weiterhin die Verwaltung der MAHSJ sowie eine Anlaufstelle ihres ambulanten Dienstes Platz, welche auch Leitstellenfunktionen des Servicewohnens wahrnehmen kann.

- Im rechten und mittleren Gebäudeblock werden nach Cölber Vorbild 48 Pflegeplätze der 4./5. Generation des Altenwohnbaus in ***vier modernisierten stationären Hausgemeinschaften*** (mit je 12 Pflegeplätzen) geschaffen. Während einer Übergangsperiode werden die 32 Pflegeplätze der 3. Generation im linken Gebäudeteil sukzessive abgebaut, parallel zum Aufbau des Servicewohnens sowie der Pflegeangebote in den Stadtteilen. Die Reduktion beginnt mit Fertigstellung der Umbaumaßnahme.

- Nach Rückzug der MAHSJ aus den oberen Etagen aller Gebäudeblöcke sowie aus dem linken Gebäudekomplex werden durch „Schönheitsreparaturen“ diese ***Ein-Zimmer-Appartements für allgemeine Wohnzwecke*** zu sozialen Mieten ertüchtigt. Um angemessene Mieten zu garantieren, werden die für eine künftige Wohnnutzung vorgesehenen Nutzflächen in ihrem Bestand erhalten und durch erforderliche Instandsetzungen aufgewertet.

- Die Gebäudehülle, die Versorgungs- und Anlagetechnik des gesamten Gebäudes werden umfassend ***energetisch modernisiert und instand gesetzt*** mit dem Ziel der Einsparung von Energiekosten und klimaschädlicher Gase. Der Innenausbau der Nutzflächen für die Hausgemeinschaften mit Einzelzimmern und persönlichem Sanitärbereich, mit Gemeinschaftsbereichen und -küchen sowie mit Außenterrassen, soll entsprechend der der Stadtverordnetenversammlung vorzulegenden Entwurfsplanung erfolgen.

- Bei der perspektivischen ***Gesamt-Personalplanung*** der MAHSJ (betriebsbedingte Kündigungen bleiben weiterhin ausgeschlossen) werden persönliche Wünsche und Eignung als Grundlage der längerfristigen Beschäftigung und Durchlässigkeit auch zwischen den Geschäftsbereichen und Standorten der MAHSJ berücksichtigt. Dies ermöglicht zudem zielgenaue Neueinstellungen insbesondere im Hinblick auf moderne konzeptionelle Erfordernisse der skizzierten Weiterentwicklung.

Zur Umsetzung dieses hiermit skizzierten Renovierungs- und Modernisierungskonzeptes beschließt die Stadtverordnetenversammlung, dass die GeWoBau, die MAHSJ sowie die Stiftung St. Jakob die planerischen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen.

---

zu 11 Dringlichkeitsanträge

---

zu 11.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke, SPD/Grüne, Piratenpartei und MBL(Stv. Becker) betr. Stadtverordnetenversammlung verurteilt Reichsgründungsfeier der Marburger Burschenschaft Germania
Vorlage: VO/3799/2015

Der Stadtverordnetenvorsteher spricht in einem kurzen Redebeitrag zu diesem Thema und berichtet aus der Sitzung des Ältestenrates, der sich dafür ausgesprochen hat, den Antrag in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.
Eine Aussprache wurde nicht vereinbart.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die „Reichsgründungsfeier" der Marburger Burschenschaft „Germania" und wertet sie als weiteren Beleg für ihre extrem rechte Ausrichtung.**

2. **Durch die Übernahme des Vorsitzes der Deutschen Burschenschaft durch die „Germania" ist die Stadtverordnetenversammlung in Sorge über mögliche vermehrte politische und öffentliche Aktivitäten des extrem rechten Dachverbands und seiner Mitgliedsbünde in Marburg. Daher gilt es, alle politischen und (verwaltungs-)rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, diese zu verhindern**

3. **Gewaltanwendung jeglicher Art ist auch in dieser Frage als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht zu akzeptieren.**

---

zu 12.5 Antrag der MBL-Fraktion betr. Wasserkraftanlage an der ehemaligen Lohmühle
Vorlage: VO/3679/2014

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.
Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann, MBL, Volz, B90/Die Grünen, Jannasch, CDU und für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Beratung lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von MBL und CDU sowie Nein-Stimmen von SPD und B90/Die Grünen sowie Enthaltung von FDP und Piratenpartei folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Fraktion Marburger Linke hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

---

zu 5 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/3701/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2013 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 8.234.119,28 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 126.695,02 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.**

2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

zu 6 Wirtschaftsplan 2015 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/3702/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion

Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2015 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

---

zu 7 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Windkraftnutzung - Anpassung des Flächennutzungsplans
Vorlage: VO/3504/2014

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 8 Wohnraumversorgungskonzept Marburg
Vorlage: VO/3732/2015

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
Der Sozialausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und empfiehlt, den Beschlusstenor unter Ziffer 2.) durch einen weiteren Spiegelstrich

- **Wohnungslosenhilfe**

zu ergänzen. In dieser Fassung wird die Vorlage zur Beschlussfassung empfohlen.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage um einen weiteren Spiegelstrich

- **Dorferneuerungsprogramm**

ergänzt und empfiehlt die Zustimmung zu dem Antrag in dieser ergänzten Fassung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende,

Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage, wie sie in den beratenden Ausschüssen ergänzt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Piratenpartei mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird gebeten auf der Grundlage der als Anlage beigefügten Wohnungsmarktanalyse Marburg von InWIS die vorgeschlagenen Maßnahmen in einem Wohnraumversorgungskonzept zu konkretisieren.**

2. **Dabei sollen insb. folgende Themen- und Handlungsfelder bearbeitet werden (keine abschließende Liste):**
   - **Baulandbereitstellung (Innenentwicklung einschl. Sanierung im Bestand und Siedlungsflächenerweiterungen)**
   - **Anreize und Gebote für den privaten Wohnungsbau wie Quotierungen (Bsp. Münchener Modell) einschl. Rückwirkungen auf die Bautätigkeit**
   - **Investitionen öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften**
   - **Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens**
   - **Aspekte des barrierearmen und barrierefreien Wohnungsbaus**
   - **Bewertung sonstiger Wohnungsmarktinstrumente für Marburg (Mietpreisbremse etc.)**
   - **Unterbringung von Flüchtlingen**
   - **Wohnungslosenhilfe**
   - **Dorferneuerungsprogramm**

---

zu 10 Marburger Ortsrecht
Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten in der Universitätsstadt Marburg - Verwaltungskostensatzung -
Vorlage: VO/3740/2015

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke und der Piratenpartei mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die beigefügte Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten in der Universitätsstadt Marburg - Verwaltungskostensatzung - wird beschlossen.

---

zu 12 Anträge der Fraktionen

---

zu 12.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkraumerweiterung
Vorlage: VO/3513/2014

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur Sitzung im März.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Märzsitzung.

---

zu 12.2 Antrag der MBL-Fraktion betr. Naturschutzbeirat
Vorlage: VO/3574/2014

Der Antrag wurde im Umweltausschuss zurückgestellt bis eine Stellungnahme des Naturschutzbeirats vorliegt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis der Naturschutzbeirat eine Stellungnahme abgegeben hat.

---

zu 12.3 Antrag der Bürger für Marburg betr. Verhaltenskatalog
Vorlage: VO/3581/2014

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur Sitzung im Februar.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februarsitzung.

---

zu 12.4 Antrag der Piratenpartei betr. Potentiell verseuchtes KITA-Inventar beseitigen
Vorlage: VO/3597/2014

Der Antrag wurde von der antragstellenden Piratenpartei im Umweltausschuss zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 12.6 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Einrichtung von Ortsbeiräten in der Kern- bzw. Innenstadt von Marburg
Vorlage: VO/3695/2014

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur Sitzung im Februar.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februarsitzung.

---

zu 12.7 Antrag der Bürger für Marburg betr. Verbessertes Verkehrskonzept für den Kaufpark Wehrda
Vorlage: VO/3730/2015

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden, bis eine vorgesehene Info-Veranstaltung zum Thema stattgefunden hat.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zunächst zurück.

---

zu 12.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhaltungspflicht des Kulturdenkmals in der Brunnenstr.15, Stadtteil Marbach
Vorlage: VO/3766/2015

Zu dem Antrag liegt noch kein Beschluss des Bau- und Planungsausschusses vor.

Die Fraktion Marburger Linke hat im Ältestenrat angekündigt, den Antrag in einer veränderten Fassung neu einzureichen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 13 Kenntnisnahmen

---

zu 13.1 Beteiligungsbericht 2014 der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/3733/2015

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt

den beigefügten Beteiligungsbericht 2014 der Universitätsstadt Marburg

zur Kenntnis.

---

zu 13.2 Jahresbericht des Antikorruptionsbeauftragten Vorlage: VO/3743/2015

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt

den Jahresbericht 2014 des Antikorruptionsbeauftragten

zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **19.26 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlicher Antrag